

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cidenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-205
Tel.-Abzweig: Sozialdemokrat Deuts

Wormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag
17. Februar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 9-8 Uhr
Verleger: Vormüts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cidenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Die Beisetzung der Grubenopfer.

Trauerkundgebung im Ruhrgebiet.

Dortmund, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am heutigen Dienstag, an dem die geborgenen Opfer der Katastrophe auf Jehe „Minister Stein“ beigelegt werden, sind die staatlichen und kommunalen Gebäude des Kohlenreviers halbmaß geflaggt. Als Vertreter des preussischen Staatsministeriums nehmen Handelsminister Siering und Wohlfahrtsminister Hirtleser an der Beisetzung teil. Noch immer sind nicht alle Tote geborgen, 5 Leichen werden noch vermißt. 150 Rettungsmannschaften sind in Abföhrungsabteilungen ununterbrochen damit beschäffigt, die Aufschönmansarbeiten fort und zu Ende zu führen und zu den letzten Opfern vorzudringen.

Dortmund, 17. Februar. (Eigener Bericht.) Bei der heutigen Zeichenfeier für die Opfer des Unglücks auf Jehe „Minister Stein“ waren der Reichspräsident und die Reichsregierung durch Staatssekretär Dr. Geib vertreten, der gegenwärtig an Stelle des erkrankten Ministers Dr. Brauns das Reichsarbeitsministerium leitet. Reichspräsident Ebert, der auf die erste Nachricht von dem Unglück hin telegraphisch seine herzliche Anteilnahme ausgesprochen und gleichzeitig 50 000 M. zur Vinderung der ersten Not spendet hatte, und die Reichsregierung hatten Kränze gesandt. Reichskanzler Dr. Luther hatte zu seiner persönlichen Vertretung seinen Staatssekretär Dr. Kempner entsandt.

Dortmund, 17. Februar. (III.) Schon in den frühen Morgenstunden kommen in Dortmund Abordnungen aus dem ganzen Ruhrgebiet an. Abordnungen der Werke, der Organisationen, der Knappen- und Arbeitervereine. Nach den ersten Sonnenstrahlen bezieht sich der Himmel. Ueberall Fahnen auf Halbmaß, hier und da mit wehendem Trauerflor. Auf dem Förderturm in Esping steht in trauriger Schwere die schwarze Zeichenfahne. Girlanden aus Tannenreisig tragen über dem Eingang brennende Grubenlampen. An der neuen Walschause stehen in vier langen Reihen 95 Särge, überschüttet mit Blumen und Kränzen. Väter liegen hier neben ihren Söhnen, Freunde neben Freunden, Kameraden neben Kameraden. An den Wänden hängen ihre Grubenlampen. Hier Särge lauten auf den Namen Beder, drei dieser Toten waren verheiratet. Außerdem ist der einzige unverheiratete Bruder dem Unglück zum Opfer gefallen. Einer der Rettungsleute, die die Totenmache halten, erzählt, daß zwei Söhne dieser Familie im Kriege gefallen sind, und daß der alte Vater seinen Jungen nun gestern nachgefollt sei, als ein Herzschlag ihn von seinem Leibe löste. Vor den Särgen zeigen die Widmungsschleifen der Kränze die Anteilnahme des ganzen Ruhrgebietes, des ganzen Landes. Kränze der Städte, der Gemeinden, der Verbände, der industriellen Werke und führenden Persönlichkeiten, daneben der Reichs- und der staatlichen Behörden. Langsam sammeln sich die Angehörigen, um ihren Toten den letzten Gruß zu bringen und noch einmal bei ihnen zu verweilen.

Auf der Straße vor den Jochen sammeln sich die Vereine und Verbände zum gemeinsamen Zuge zum Zentralfriedhof, wo die Gedächtnisfeier stattfinden soll. Gegen 10 Uhr stellen sich auf dem Vorplatz des neuen Zentralfriedhofsgebäudes die ersten geschlossenen Züge der Beidtragenden ein, Verbände mit ihren Fahnen, Gesangsvereine, Knappen mit ihren Abordnungen, in ihren alten schwarzen Trachten, nehmen im Vorhof Aufstellung. Kränze und Blumen in wachsender Höhe auch hier. Dann geht plötzlich eine Bewegung durch die Menge. Hier der gereizten Bergleute, toll noch mit verbundenen Wunden, betreten, gestützt von barmherzigen Brüdern, den Hof. Als sich um 11 Uhr der weite Hof gefüllt hat,

beginnt die feierliche Andacht. Von allen Kirchen der Stadt läuten die Glocken.

In der gewaltigen Trauergemeinde sind auch Abordnungen aus Italien, Ungarn, Oesterreich, der Tschechoslowakei und Frankreich,

das durch die Vertretung von Courrieres Anteilnahme bezeugt. Man zählt über 200 Fahnen der Vereine und Verbände. Unter dem feierlichen Geläut der Glocken spricht zunächst Bischof Dr. Schneider-Paderborn. Er gedenkt des schweren Schicksals der Dahingefahrenen und der Väter und Mütter, der Witwen und Waisen, der Brüder und Schwestern. Möge es mit Gottes Hilfe der menschlichen Wissenschaft und Technik bald gelingen, die Unfallgefahren auf das geringste Maß herabzumindern. Die toten Knappen rufen uns zu: Seid pflichttreu gegen Gott, pflichttreu gegen das Vaterland, pflichttreu gegen die Familie und pflichttreu gegen alle Mitmenschen durch einigens Zusammenarbeiten, Zusammenopfern und Zusammenleben. Für die evangelische Kirche sprach Generalsuperintendent Joellner-Künster, auch er sprach von der tiefen Erschütterung, die alle Zeugen dieses Unglücks bewegt und schloß mit einer Gemeinschaft des Gebetes, dem Trost und Kraft aus der Höhe für die zerrissenen und verwundeten Herzen zu erschlehen.

Staatssekretär Dr. Geib spricht folgende Worte:

„Als des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung Vertreter komme ich zu dieser Stätte der Trauer. Wieder einmal ist tief unten im Dunkel der Grube durch einen Ausbruch jener unerblütlichen Naturgewalten, deren der Mensch trotz allen Bemühens noch immer nicht Herr werden kann, eine erschütternd große Zahl waderer Bergleute dahingerafft worden. Trotz der Opferfreudigkeit und Todesverachtung der getreuen Ketter und Helfer haben leider nur ganz wenige lebend dem Lichte zurückgegeben werden können. Im Innersten erschüttert stehen wir vor den Särgen, voller Trauer um sie, deren Leben so früh enden mußte, voll männlichen Mitgeföhls mit den Hinterbliebenen und den Verletzten. Was irgend getat werden kann, um ihr Leid zu lindern, sie vor Not zu bewahren, soll und wird geschehen. Schwer und ernst ist des Bergmanns Beruf, von Gefahren umdroht wie kein anderer. Dennoch führt er jeden Morgen von neuem wieder ein; er weiß: Seine Arbeit ist Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Egriffen und voll tiefer Achtung neigen wir unser Haupt: Ihr, die ihr jetzt im Tode ruht, standet im Bewußtsein des Schicksals, das euch täglich ereilen konnte, in eurer ersten, harten Arbeit, ihr hielt in treuer Pflichterfüllung im Dienste eures Volkes, eures Landes. Mit den Kränzen, die ich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung überbringe, ehrt das ganze deutsche Volk in bewegtem Anteil und dankbarem Gedenken euer Wirken, euer Sterben!“

Im Namen des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Gelsenkirchener Bergwerks-L.-S. widmete Direktor Salomonsohn den hingefahrenen Bergknappen einen warm empfundenen Nachruf.

Als Vertreter der preussischen Staatsregierung betonte Handelsminister Siering: es werde die Aufgabe der preussischen Staatsregierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß von den unglücklichen Hinterbliebenen Not und Sorge ferngehalten werden. Der Bergbau habe die Aufgabe, mit dafür zu sorgen, daß solche Katastrophen künftig gemindert werden.

Für die Stadt Dortmund ehrte Oberbürgermeister Dr. Eichhoff die Toten. Die Hinterbliebenen zu trösten und zu stützen, ist uns ein Herzensbedürfnis. Wir fühlen mit ihnen, und mit uns trauern zahllose andere Gemeinden im deutschen Vaterlande, die nicht beauftragt haben, die Hinterbliebenen ihrer herzlichsten Anteilnahme zu verschließen. Wir werden sie nicht vergessen, wir werden sie nicht verlassen. Das Unglück eint. Nicht Haß, nicht Bitterkeit darf herrschen, Segen muß die Liebe.

Britischer Industrieschutz.

Der Antrag Macdonald abgelehnt.

London, 17. Februar. (W.A.) Im Unterhaus sprach Macdonald in Begründung des Abänderungsantrags der Arbeiterpartei zum Industrieschutzgesetz sein Bedauern darüber aus, daß er die Debatte über diese Frage eröffnen müsse, ohne daß eine Regierungserklärung dazu vorliege, und stellte die Frage, weshalb die Vorlage dem Haus bisher noch nicht unterbreitet worden sei. Es handle sich um eine vorläufige Einleitung eines Schutzzolls und eine sehr wichtige politische Entscheidung. Der wirkliche Grund, weshalb keine Vorlage eingebracht werden solle und nur ein Weißbuch unterbreitet worden sei, sei, daß das Weißbuch eine Gelegenheit für den Beginn einer Politik biete, die eine reine Schutzzollpolitik sei. Macdonald fragte, welche Lage gemäß den Regierungsvorschlägen eintreten würde, wenn eine Schwankung in der deutschen Währung stattfinden oder die deutschen Wechselkurse wieder sinken sollten. Premierminister Baldwin antwortete, die Konjunktionsfälle in ihrem Programm besondere Ausdrücke über den Industrieschutz gebraucht und ausdrücklich erklärt, daß sie einen Schutzzoll nicht einführen werden. Sie beabsichtigten ihr Versprechen dem Buchstaben und dem Sinn nach auszuführen; das augenblicklich angewandte Verfahren bezwecke dies. Simon (liberal) erklärte, Baldwin sei wie viele seiner Kollegen ein Schutzzollner; sein Plan öffne die Tür für eine endlose Reihe von Steuern, die zusammengenommen nichts mehr und nichts weniger als ein allgemeiner Tarif seien. Alles hänge davon ab, wer in dem Ausschuss sitze, der die Frage zu entscheiden habe; dem Unterhaus stehe eine Kontrolle über den Ausschuss nicht zu.

Blond George (liberal) legte, niemand wisse, was diese Vorschläge eigentlich bedeuteten. Angekündigt sollten sie nur auf anormale Verhältnisse Anwendung finden. Wie aber wolle man solche Verhältnisse beurteilen? Sollte das Jahr 1913 zum Vergleich herangezogen werden? Gerade jetzt, wo sich der Handel allmählich erholt, schaffe die Regierung ein neues Element der Ungewißheit vor dem Kriege sei der deutsche Wettbewerb gewolten. Augenblicklich aber importiere Deutschland 1/4 bis 1/2 dessen nach England, was vor dem Kriege. Schließlich wurde der Antrag Macdonald mit 335 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Die mißlungene Verteidigung.

Vernichtendes Urteil der Presse über die Ruhrdeutsche.

„Was lange währt, wird nicht immer gut.“ („Germania“ zur Ruhrdeutsche.)

Die Ruhrdeutsche der Reichsregierung ist ein Dokument des mangelnden Willens zur Aufklärung. Sie ist aber auch ein Dokument der Unfähigkeit. Das klingt in der Kritik der gesamten Presse durch. Schonungslos zerpfückt die Presse der Linken die dürftigen Scheinargumente, die Zahlenbuckets der Regierungsdeutsche. Kurz, ohne Ueberzeugung, ohne Kraft registriert die Presse der Regierungsparieren das Erscheinen der Deutsche und drückt nichtsagende Partien daraus ab. Selbst die bezahlte Presse der Interessenten, der Abnehmer der 700 Millionen, muß sich mit zwar langen, aber nichtsagenden Redensarten begnügen. Eine schlechte Sache, eine faule Sache! Unrecht, gepaart mit Unfähigkeit 700 Millionen haben die Luther und Stresemann der Schwerindustrie zugeschanzt, und nun haben sie nicht einmal die Fähigkeit, Argumente zu finden, die wenigstens auf den Laien einen ersten Eindruck machen könnten! Pömp und grob, wie die Bereicherung der Schwerindustrie auf Kosten des Volkes, ist diese Verteidigung.

Wenn die Regierung ehrlich gegen sich selbst ist, muß sie sich selbst gestehen, daß das Gesamturteil über die Deutsche, das sich aus den Angriffen der einen, der betretenen Zurückhaltung der anderen ergibt, vernichtend ist. In bewußt scharfer Zuspitzung wird dies Urteil in der „Germania“ zusammengefaßt in folgender Erklärung:

„Läßt sich rechtlich, staatsrechtlich und elatrechtlich vertreten, wie die Regierung diese Entschädigungen gewährt hat? Diese Frage muß man auch nach eifrigem Studium der Deutsche vernennen.“

Die politischen Argumente der Deutsche werden von der Presse der Linken der Regierung völlig aus der Hand geschlagen. Die Regierung beruft sich darauf, daß das Rheinland nicht Reparationsprovinz werden durfte. Gut, aber rechtfertigt das die Verletzung des Staatsrechts des Reichstages? Ist diese Verletzung gerechtfertigt mit der nachträglichen Erklärung, man werde Indemnität fordern? Ueberhaupt diese Absicht, um Indemnität einzukommen! Wann wollte man dies tun? Etwas bei der Erledigung der Haushaltsrechnung im nächsten Jahre oder noch später? Seit wann besteht diese Absicht? Die Politik der Hintergehung des Reichstages durch die Regierung läßt jeden Verdacht zu. Diese Verheimlichungspolitik wird von der „Bolschewistischen Zeitung“ angegriffen:

„Es ist der Regierung offenbar nicht leicht geworden, das seit Jahren angesammelte Material über die Vergütung der Ruhrschaßen der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Sie hat es darauf ankommen lassen, daß im Haushaltsauschuss der Posten entdeckt wurde, und dann hat es noch Wochen gedauert, ehe sie sich zur Herausgabe der Einzelheiten entschloß. Das Geheimverfahren begründet sie damit, daß die Ricum ihre Forderungen erhöht haben würde, wenn bekannt gewesen wäre, daß die Ricum-Lasten in Wahrheit vom Reich und nicht von der Industrie getropen würden.“

Es mag sein, daß diese Befürchtung nicht ganz unbegründet war, obwohl hätte man, ehe über die gewaltigen Summen die der Schwerindustrie zugesöhnt sind, verfußt wurde, doch immerhin einem breiteren Kreis der deutschen maßgebenden Stellen Kenntnis geben können. So z. B. dem Kontrollauschuss des Reichstages. Nach dem Londoner Abkommen lag schon gar kein sachlicher Grund mehr zur Geheimhaltung vor. Warum schweig damals die Regierung weiter, warum ließen die Haushaltspläne des Finanzministers nicht erkennen, welche Transaktionen im Gange waren? Warum schließlich hat man Hals über Kopf am 20. Dezember 1924 die immer noch recht beträchtliche Summe von 22 Millionen zur Auszahlung gebracht?“

Auf diese Fragen und Anfragen gibt es keine Verteidigung. Die Regierung möchte höchstens erklären, daß die Öffentlichkeit den Interessen der raubgierigen Entschädigungsnehmer abträglich gewesen wäre.

Ein anderes Argument der Deutsche ist die Behauptung, daß es sich in allen Fällen nur um den Ersatz von Reparationslieferungen durch das Reich handele — eine Beweisführung, die man schon in der gekauften Presse des Herrn Hugenberg, „national“ aufgemacht, lesen konnte. Mit dieser Argumentation rechnet die „Germania“ ab:

„Die Regierung gründet ihr Vorgehen auf die Konstruktion, daß es sich in allen Fällen um Reparationslieferungen handelte, die dem Reiche nach dem Versailler Vertrag auferlegt waren. Sie macht sich hierbei also eine Beweisführung zu eigen, mit der Frankreich seinen Ruheinbruch begründete. Dem ist entgegenzuhalten der Sach aus der an Frankreich gerichteten Note vom 12. Januar 1923: „Die deutsche Regierung muß den Schleier zerreißen, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu werfen sucht.“ Die deutsche Regierung erklärt in dieser Note selbst, daß dem Vorgehen Frankreichs jede Rechtsgrundlage fehle. Gerade damit begründete die deutsche Regierung die Einstellung aller Reparationsleistungen. Damit entfällt aber auch für die Regierung jede Möglichkeit, nachträglich diese Leistungen auf den Rechtsboden zu stellen, den sie selbst weggenommen hat. Mit einer solchen Beweisführung führt sich die Regierung selbst ab absurdum, sie kann nicht standhalten. Wenn diese abwegige Beweisführung der Regierung zuträfe, dann würden diese 706,5 Millionen tatsächlich auf Reparationskonto gebucht worden.“

Die Arenbergs und Belgien.

Deutsche Fürsten und belgische Patrioten.

Brüssel, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Brüsseler Appellationsgericht begann am Montag der Prozeß mehrerer Mitglieder der Familie des Fürsten Arenberg gegen den belgischen Staat wegen Beschlagnahme ihres Eigentums an Domänen, Grundstücken und Häusern, das auf viele Millionen beziffert wird. Das Familienhaupt, Fürst Engelbert Arenberg, hatte zuerst gleichfalls einen Prozeß angestrengt, mit der Begründung, daß er, obwohl deutscher Staatsbürger, Belgien vor und während des Krieges wertvolle Dienste geleistet habe. Er hat aber schließlich auf die Durchführung des Prozesses verzichtet. Hingegen behaupten die übrigen Familienmitglieder, Belgier zu sein. Der ihnen einige Jahre vor dem Krieg von Wilhelm II. verliehene reichsunmittelbare Adel könne sie rechtlich nicht binden. Der Verteidiger, der frühere katholische Minister Kentin, rühmte gleich am ersten Tage die Verdienste der Familie um die Sache der Alliierten während des Krieges.

Kontrollbericht und Räumungsfrage.

Im Unterhaus bestürmten gestern Montag Arbeiterparteller und Liberale die Regierung mit Fragen über die Veröffentlichung des Kontrollberichts, seine Verzögerung und die Räumung Belgiens. Die Regierung berief sich lediglich auf ihre schon bekannten Erklärungen in der Thronrede und im Notenwechsel mit Deutschland; alle weitergehenden Auskünfte wurden für jetzt abgelehnt. Auf eine Frage, wann weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung, wie sie in der Note der Alliierten angekündigt seien, gepflogen werden würden, erklärte Premierminister Baldwin, es werde Sache der deutschen Regierung sein, die Verhältnisse, worauf ihre Aufmerksamkeit gelenkt worden sei, wieder gut zu machen, damit die Bedingungen, von denen die Räumung nach den Versailler Bestimmungen abhängt, erfüllt würden und die Räumung stattfinden könne. Woodwood Benn fragte, ob Baldwin in der Aufrechterhaltung der Besatzungslasten und der Fortführung der Besetzung der Ruhrzone nicht eine Gehässigkeit erblicke. Baldwin erwiderte, davon könne keine Rede sein.

sein. Es ist also ein offensichtliches Konto in der Denkschrift, wenn sie nicht angibt, welcher Betrag tatsächlich Deutschland guigesehrieben worden ist. Es hätte sich dann herausgestellt, daß nicht dieser Betrag gutgebracht wurde, nicht ein annähernder Teil, und damit wäre ihre Beweisführung auch von dieser Seite aus aus dem Sattel gehoben worden."

Nicht besser ergeht es den Zahlennachweisungen der Denkschrift und der kühnen Behauptung, die Regierung habe bei dieser Regelung der Entschädigungen beträchtliche „Ersparnisse“ gemacht. Dazu schreibt die „Germania“:

„Die größten Bedenken bleiben nach der Richtung der Festsetzung der Entschädigung bestehen. Die Behauptung von den angeblichen Ersparnissen könnte blenden, wenn man ein genaueres Bild über die einzelnen Forderungen und deren Prüfung erhalte, wenn man auch erfähre, was abgestrichen worden ist und was hätte abgestrichen werden müssen. Ueber diese grundlegenden Fragen geht die Denkschrift mit erstaunlicher Oberflächlichkeit hinweg.“

Was bleibt von dieser Denkschrift noch übrig? Nur noch das eine Moment: daß Herr Stresemann Erpressung geübt hat, und daß Herr Stresemann, auf dem die Hauptverantwortung lastet, dem Druck der Forderungsgewaltigen nachgegeben hat, ohne daß er es wagte, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen. Das eine wird festgestellt durch den in den Anlagen enthaltenen Brief von Stinnes vom 20. Oktober 1923, den das „Berliner Tageblatt“ als belastendes Dokument herüberhebt, das andere wird durch die „Bosnische Zeitung“ in folgenden schwer anklagenden Sätzen zusammengefaßt:

„Es ergibt sich das Bild, daß die Schwerindustrie — Hugo Stinnes trat dabei als Vertreter des Bergbauvereins auf — den Abschluß von Ricum-Verträgen davon abhängig gemacht hat, daß das Reich die Ricum-Lasten endgültig übernimmt. Der damalige Reichskanzler fand seinen anderen Ausweg, er glaubte diese Forderung erfüllen zu müssen und legte die Reichsregierung grundsätzlich auf die Verpflichtung der vollen Beträge fest. In der Öffentlichkeit wurde etwas anderes erklärt, was beinahe dem Gegenteil gleichkam. Man konnte es dem deutschen Volk schwer zumuten, willig der Bindung gegenüber den Leuten beizustimmen, die bisher die Erfüllung des Versäfler Vertrags sabotiert und damit zur Katastrophe in Deutschland vor allen anderen beigetragen hatten. Man hätte geglaubt, daß die Schwerindustrie, die bis vor kurzem an der Inflation verdient hatte, die im Vergleich zu den Lohn- und Gehaltsempfängern so gut wie gar keine Steuern gezahlt und von den öffentlichen Krediten billig gelebt hatte, nun endlich einmal aus eigener Tasche ihre wenigstens moralische Schuld an das deutsche Volk abtragen würde.“

Damit ist gesagt, daß die Koninklität der antinationalen egoistischen Haltung der Schwerindustrie in dieser Entschädigungsfrage glänzend gewahrt ist.

Da ist die Verteidigung für die gekaufte Presse der Interessenten schwer. Spaltenlang ergeht sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in allgemeinen Betrachtungen über den „Patriotismus“ der Leute, die nur „patriotisch“ sind, wenn sie auf Kosten des Volkes in bar dafür gezahlt erhalten. Spaltenlang über o Wunder — in dieser spaltenlangen Darlegung nicht eine Zahl. Kann man in der Redaktion der „D.A.Z.“ nicht rechnen? Man weiß wohl überhaupt nicht, was Zahlen sind? Diese Tatsache sagt alles. Redensarten sollen den Stempel der Hunderte von Millionen verbergen. Wenn die Argumente zerfallen, greift man in der letzten Not zur Dolchstoßlegende. So schreibt die „D.A.Z.“:

„Ein Skandal ist es allerdings, aber nur in dem Sinne, daß diese Ruhrkassendirektoren es sich herausnehmen durften, zum Schaden des Deutschen Reichs nachträglich einen solchen tödlichen Dolchstoß gegen die stillen, treuen Verteidiger und Bewahrer des Ruhrgebiets — Unternehmer und Arbeitervertreter — zu führen.“

Das ist direkt eine Kreuzung aus Cohnmannscher Dolchstoßlegende und Marxistischer Sentimentalität! Stille und treue Bewahrer des Ruhrgebiets: siehe Brief von Stinnes vom 20. Oktober! Unternehmer und Arbeiter: den Unternehmern die 700 Millionen, den Arbeitern Lohnkürzung und Arbeitszeiterlängerung! Dolchstoß: wer ließ zu Degoutte, um den wahren Bewahrern des Ruhrgebiets, den Arbeitermassen, mit Hilfe französischer Bajonette die Arbeitszeiterlängerung aufzuzwingen? Wer drohte der Arbeiterschaft durch das Diktat von Unna, wer bedrückte sie mit jenem Ausbeutungssystem, dessen letzte Opfer, die Toten von Dortmund, heute beerdigt werden, 130 Mann, Sarg an Sarg? Das waren die, denen die Luther und Stresemann noch 700 Millionen obendrein aus dem Vermögen des Volkes gezahlt haben!

So schlechte Sache kann nicht verteidigt werden. Die Verteidigung ist schon zusammengebrochen. Die Verteidigungsschrift liegt den Luther und Stresemann zerrissen vor den Füßen.

Vier Fragen und keine Antwort.

Der Skandal Forstner-Kreil.

Die Deutschnationalen schweigen den Skandal Forstner-Kreil, der einen ihrer gefeiertesten Kronzeugen im Magdeburger Prozeß dem Verdacht der Beteiligung an einer Fälschung und des unredlichen Zeugenkaufs aussetzt, tot. In der „Deutschen Zeitung“ unternimmt zwar Rechtsanwalt Bindewald den Versuch, wenigstens die Verleumdung zu entlasten, aber auch das scheitert kläglich. Dieser Rechtsanwalt muß zugeben, daß die Verteidigung tatsächlich dem Verbrecher Isidor Kreil Geld zugesteckt hat, um ihn während des Prozesses nach Magdeburg zu einer Unterredung kommen zu lassen. Man habe von der Aussage des Kreil aber keinen Gebrauch gemacht, da sie unglaublich undig erschien.

Das mag schon richtig sein, denn an der Unglaublichkeit dieses Isidor Kreil, dessen Vergangenheit auch in deutschnationalen Kreisen kein Geheimnis sein konnte, war ein Zweifel von vornherein nicht möglich. Es handelte sich für die Deutschnationalen lediglich darum, das angebliche Material des Isidor Kreil zu beschaffen und ihn nach einer bestimmten Seite hin festzulegen. Weshalb sonst der rege Telegramm- und Briefwechsel zwischen dem Zeugen von Forstner und Isidor Kreil? Weshalb sonst die Summen, die ihm der Kronzeuge Forstner zuschießen ließ? Weshalb die Geschichte mit dem Paß?

Der deutschnationale Parteifreier und Kronzeuge von Forstner hat ein wichtiges Eingeständnis gemacht. Er verlangte das „Material“ von dem Isidor Kreil noch vor dem Dezemberwahlen. Es sollte also noch vor dem Magdeburger Prozeß zur Stelle sein. Die Sache hat nicht geklappt. Der Kreil wurde fortgeschickt und die Deutschnationalen schweigen.

Aber die Deutschnationalen hat heute ein größeres Interesse an der Sache als die Deutschnationalen. Sie hat ein Interesse daran, daß nicht geschwiegen, sondern Aufklärung gegeben wird über das schmutzige Spiel, das die deutschnationale Regierungspartei gegen den Reichspräsidenten inszeniert. Die Deutschnationalen versuchen, perverfliche Subjekte für lägenhafte Aussagen gegen den Reichspräsidenten zu kaufen, sie verbreiten öffentlich Schmähchriften gegen den Reichspräsidenten. Und die Regierung schweigt, die Justiz schweigt. Man ist offenbar bereit mit anderen Dingen beschäftigt, daß man keine Zeit für den Schutz des Reichspräsidenten findet.

Der Preussische Ministerpräsident Dr. Marx richtet an den Landtagspräsidenten die vorläufige Mitteilung, daß er die Wahl zum Ministerpräsidenten annehme. Die formale schriftliche Erklärung wird noch vor der morgigen Landtagssitzung beim Landtagspräsidenten eintreffen.

Urteil im Prozeß Auer gegen Winter.

5000 und 4000 Mt. Geldstrafe für die Angeklagten.

München, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach eiltägiger Verhandlung und nach einer Pause von weiteren 11 Tagen wurde am Dienstag vormittag in dem Prozeß des Genossen Eychard Auer gegen Winter, Kämpfer und Lanzmeyer das Urteil gefällt. Es lautet gegen Kämpfer und Winter wegen eines Vergehens teils der Verleumdung, teils der üblen Nachrede auf eine Geldstrafe von je 5000 Mark eventuell 30 Tagen Gefängnis, gegen Lanzmeyer auf 4000 Mark Geldstrafe bzw. 40 Tage Gefängnis. Die Angeklagten haben sämtliche Kosten zu tragen. Dem Kläger ist die Veröffentlichung des Urteils in der „Bayrischen Staatszeitung“ und in der „Münchener Post“ zweckmäßig. Gleichzeitig wird die Einziehung und Vernichtung der Druckplatten und der Broschüre angeordnet. In dem Verfahren der Widerklage der Angeklagten wurde Auer freigesprochen.

In der Begründung wird auf die umfangreiche Beweisaufnahme hingewiesen und sämtliche 77 in der Broschüre enthaltenen Verleumdungen aufgezählt. Sämtliche Grundlagen für diese Verleumdungen seien nicht erwiesen. Besonders sei nicht erwiesen, daß der Privatkläger Auer seine Stellung in der Sozialdemokratischen Partei nicht durch eigene Tüchtigkeit, sondern auf unredliche Weise erworben habe, daß er seine Stellung durch Bestechung erlangt habe, daß er bei seiner öffentlichen Tätigkeit auf seinen privaten Vorteil bedacht war, daß er zur Erreichung der Ministerpräsidentenschaft seinerzeit mit den Trägern des alten Regimes verhandelt habe, daß er sich durch seine Tätigkeit in der Wechselbube in Roubzig Unterschriften zu seinen Gunsten gemacht habe, daß er die nach Hause geschickten Waren auf unrechtmäßige Weise erworben habe, daß er während des Krieges, während der Revolution die Interessen der Arbeiterschaft verraten habe, daß er von den gegenrevolutionären Absichten der Bürgerwehrgründer unterrichtet gewesen ist. Das Nichtwollen der Revolution reiche nicht hin, um den Vorwurf eines Betrugs zu rechtfertigen. Es ist nicht erwiesen, daß Auer die Revolution mit Waffen niederschlagen und die Monarchie erhalten wollte. Ein Vorwurf zwiespältiger Politik kann aus der Haltung Auers nicht gemacht werden. Es ist auch nicht erwiesen, daß Auer irgendwelche Beziehungen zu Ehrhardt hat. Dagegen ist erwiesen, daß der Kläger weder mittelbar noch unmittelbar die Lösung Eisners betrieben hat. Auer hat sich jahrelang für das Wohl der Arbeiter eingesetzt und der Sozialdemokratischen Partei große Dienste geleistet. Von der Verhängung einer Freiheitsstrafe wurde abgesehen, weil die Angeklagten ihren Kampf aus politischen Motiven heraus geführt haben. Als strafmildernd kam die verhältnismäßig schlechte wirtschaftliche Lage der Angeklagten in Betracht gezogen werden.

Bergarbeiter und 700-Millionen-Skandal.

Der Bergarbeiterverband fordert Entschädigung.

Bochum, 17. Februar. (II.) Der Bergarbeiterverband richtet an die Reichsregierung folgendes Schreiben: „Unter Bezugnahme auf unser Schreiben, gerichtet an das Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, und unter weiterer Bezugnahme auf die inzwischen erfolgte Zahlung von etwa 700 Millionen Mark an die rheinisch-westfälische Industrie als Entschädigung für Ricum- und Reparationskosten beantragen wir, einer Entschädigung der Bergarbeiter der rheinisch-westfälischen Steinkohle- und Braunkohleindustrie als Ersatz für die ihnen durch Folgen der Ruhrbesetzung entstandenen Verluste baldigst näher zu treten. Eine Substantisierung dieser Schadensforderungen behalten wir uns für besondere Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Bergarbeiterorganisationen vor, um deren baldigste Anberaumung wir ersuchen.“

Kellogg ist nun auch vom nordamerikanischen Senat als Nachfolger Hughes' und Staatssekretär des Außenamts bestätigt.

Der Kampf um das albanische Petroleum. Die Vereinigten Staaten haben bei Albanien dagegen protestiert, daß der britischen Regierung für die Anglo-persische Oil-Company ein Monopol gewährt werde.

Sonne über der Stadt.

Von Walter G. Dschilewitsch.

Es ist noch nicht Frühling! So reden auch die Felder draußen, die grau und leer, nur hier und dort vom Immergrün der Feste behauptet, längs des breiten Stromes liegen. Die Dämme der Landstraße sind ohne Laub und hängen wie die schmerzliche Scham der dürren Heiligen, die an den Kreuzwegen stehen, zitternd im Abendlicht. Wenn es Nacht ist und der Wind von den Bergen steigt, dann bewegen sie sich und man glaubt, eine Gasse aufgeschickter Fledermäuse zu durchlaufen.

Es ist noch nicht Frühling! So schreit auch das Hungervolk in den Städten. Unheimlich, wie nur der Datter des Mondes, glüht aus den Häuserwänden das giftige Scharlachmoos, noch unheimlicher legt sich die qualmige Zunge der Arbeit darüber, und die Kinder werden hochwagender auf dem kühlen Pfoster der Straße.

Über gieren wir ein jubelnder Tag. Ein heller Trompetenstoß sprengt über die Stadt. Von fernen Erdteilen jagt ein regner, regnete die Sonne wie blühender Honig, so daß es schien, als ob die Dächer bunte Blüten würden mit Alee und Himbeertraut darauf. Ein bieder Duft von Hyazinthen und sonstigem Frühlingsolm quoll aus den Straßen, die Luft schmeckte schon wie Wein, war süß und roch nach Juninacht und Laub.

In meinem Zimmer zitterten die Wände, soviel Sonne war darin. Als ich hinunterließ, um nachzusehen, ob auf dem schmalen Pfad in der Mitte der Stadt wirklich schon die Knospen prangten, rief der Himmel, blauegepanzert, mit Bolken wie Milch und Zucker und Zimmet: Es wird schon Frühling!

Und wenn ich nun wieder hinausgehe und die leeren Kaktosfelder mit fahler Stimme rufen: es ist noch nicht soweit, dann erinnere ich mich des geistigen Tages mit Sonne über der Stadt, mit Samen des Frühlings in goldgelber Stien, an den Wein der Luft und an das helle Ainen der Straßen.

Gestern, heute und morgen sind nur die Träume der Natur. Ueber gestern, heute und morgen müssen wir nicht viel. Alles kommt und ist da: Sonne, Duft, hellgrüne Falte des Vachs und Frühling.

Und auf den Wangen der Mädchen das zarte Rot, und im Spiel der Kinder das Beuchten, und auf den Brüllen der Mütter, in den Händen der Mütter alles flüssige Gold.

Ueber „Künstlerische Form als werdende Kraft“ sprach Prof. Peter Behrens im Rahmen der vom Bunde deutscher Gebrauchsgraphiker veranstalteten Vorträge. Er wies auf die ungeheure Wichtigkeit hin, die die äußere Form der Ware für ihre Verkaufkraft hat. Das Interesse des Kaufmanns ist rein kommerziell, wenn er sich mit künstlerischen Dingen befaßt, geschieht es, weil er erkannt hat, daß diese ihm wichtige Mittel bieten, einen größtmöglichen Absatz zu erringen, seine kommerziellen Ziele

zu erreichen. Somit ein Fachmann einen Motor, so wählt er sich ihn zunächst nach dem äußeren Eindruck, behauptet Behrens. Es ist daher notwendig, daß das Äußere eine gewisse Gesundheit hat, die das Brauchbare betont, eine Erscheinung, die den inneren Eindruck auspricht. Die Form muß zum Erwerb reizen. Die materielle Masse an sich macht noch keinen Eindruck, die werdende Kraft liegt in der Eigenart der Erscheinung. — Auch die Notwendigkeit eines künstlerischen Reklame- und Plakatwesens besprach Behrens. Der launische Kampf lobt heftiger als je, nur weltfremde Romantiker können sich über das Ueberwuchern der Reklame beklagen; sie gehört zum Charakter unserer Zeit, sie soll nicht bekämpft und übermunden, sie soll veredelt werden. Das Wesentliche bei der Reklame ist das Typische. Das muß herausgeholt, hervorgehoben, betont werden. Auf dem Gebiet des Plakatwesens liegen schon sehr gute Leistungen bei uns in Deutschland vor. Nur den Text der meisten Reklamen labelte Behrens mit Recht. Die auffallende Sogordnung allein tut es nicht, wenn der Text dabei minderwertig ist. Sein Deutsch läßt oft sehr zu wünschen übrig, eine Anhäufung schmelzlicher Lobpreisungen wirkt unsolid und unsehr; selten findet man einen verblüffenden Einfall, fast niemals Humor oder eine Pointe.

Eine Reihe von Bildbeispielen, die Beispiele für gute Lösungen aller Reklameaufgaben brachten, sowie einige gleichfalls diesem Zwecke dienende Marionettenspiele schlossen den interessanten Vortrag.

Ford baut eine Luftschiff-Flotte. Der Automobilkönig Ford hat sich nunmehr auch dem Bau von Luftschiffen zugewendet. Ein neuer klarer Typ, der ganz aus Stahl besteht, ist für den Bau einer Ford-Luftschiff-Flotte in Aussicht genommen. Jetzt ist die Sache soweit gediehen, daß bereits ein Vertrag zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Aircraft Development Co., der künftigen Erbauerin der Luftschiffe, ausgearbeitet worden ist. Nach jahrelangen Versuchen und Ausgabe einer vierel Millionen Dollar hat sich eine Reihe amerikanischer Kapitalisten zusammengetan, an deren Spitze selbst Ford, der Sohn des Automobilkönigs, Henry Ford, steht. Die neuen Entwürfe zum leichten Luftschiff sind endlich von den Regierungsingenieuren genehmigt worden, und es wird jetzt in Dearborn eine Betriebsanlage eingerichtet. Das erste Schiff, das gebaut werden soll, wird nicht groß sein, aber wenn die Versuche mit dem erfolgreich geprüften Modell gelingen, wird eine größere Anzahl von Schiffen dieser Art für Handelszwecke gebaut werden. Das Interesse an Luftschiffen für Handelszwecke ist während mehrerer Jahre von Monat zu Monat in den Vereinigten Staaten gewachsen. Der geplante Nordpolfahrt, der während des nächsten Sommers entweder von der „Shenandoah“ oder von der „Los Angeles“ ausgeführt wird, und der Flug des einen oder anderen Luftschiffes nach Hawaii zur Teilnahme an den Seemannsrennen hat ebenfalls großes Interesse hervorgerufen. Kürzlich schloß die Gordear-Compagny mit der Zepplinggesellschaft einen Vertrag ab, um Schiffe der deutschen Gesellschaft in diesem Lande für Handelszwecke herzustellen. Die Luftschiffe sollen einen schnellen Verkehr von Rüste zu Rüste vermitteln und gleichzeitig Post und Fracht an Bord mitführen. Es ist die Meinung der Sachverständigen, daß Schiffe von der Größe der „Shenandoah“ und sogar kleinere zum Transport von leichtverderlichen Frachtmengen über 3000 Seemeilen zwischen den zwei

Ozeanen gebraucht werden können, und das Eintreten der Ford-Compagny bei der Konstruktion ist geeignet, einen Anstoß zu dieser Entwicklung im Lufttransport zu geben.

Die russische Revolution und die bildende Kunst. Die 7. Ausstellung der Gesellschaft der bildenden Künstler der revolutionären Rußlands ist in Moskau eröffnet worden. Zwei große Säle im Staatlichen Museum der Schönen Künste sind der Ausstellung eingeräumt und dort sind ungefähr 400 Bilder zu sehen, welche Szenen aus der Revolution, aus dem Leben der Arbeiter und aus dem heutigen bolschewistischen Rußland darstellen. Der Tod Lenins scheint mehrere Maler zu Gemälden inspiriert zu haben. In der Ausstellung ist u. a. die Trauermanifestation der Petersburger am Begräbnistage Lenins im Bild zu sehen, ferner Lenin im Sarge, eine Trauerfeier im Dorf zum Gedächtnis an Lenin u. a. Die Ereignisse aus der russischen Revolutionsgeschichte sind auf vielen Bildern dargestellt. Einige Maler haben dabei auf die Revolution von 1905 zurückgegriffen. Auch Streikunruhen und ihre Unterdrückung durch Kosaken u. dergl. haben den Künstlern als Motive gedient. Viele Bilder zeigen das Leben in den Fabriken und Werkstätten. Die im politischen und wirtschaftlichen Leben Sowjetrußlands führenden Persönlichkeiten sind fast alle porträtiert. Bei der Eröffnung der Ausstellung hielt der Bildungsminister Lunatscharski eine Ansprache, in welcher er ausführte, daß die Künstler es verstanden hätten, die „grandiosen Ereignisse“ dieser Zeit auf der Leinwand festzuhalten; dies sei die eigentliche Aufgabe des Künstlers in der Sowjetrepublik und es sei zu hoffen, daß die Kunst auf dieser Bahn weitererschritten werde. — Unter den Malern findet besonders Bogorodski viel Anerkennung, der auf mehreren Bildern Typen der heute in Rußland so oft anzureisenden obdachlosen, vogelbühnenden Kinder dargestellt hat.

Die Papierzeugung der Welt. Seit dem Ende des Krieges ist die Papierzeugung in allen Ländern enorm gewachsen. Nur in wenigen Ländern, wie Belgien, Ungarn und Rußland, ist eine Verminderung der Produktion zu verzeichnen. In den Vereinigten Staaten hat sich die Produktion von 33 Millionen Zentner in runder Ziffer auf 70 Millionen erhöht, in Deutschland, England und Frankreich hat die Erzeugung eine Steigerung um 85 Proz. erfahren. Aufschlußgebend ist vor allem auch die Statistik des Durchschnittsverbrauchs von Papier in den verschiedenen Ländern. So entfallen in den Vereinigten Staaten auf jeden Einwohner 29 Kilo, in Deutschland 27, in Polen und England 21, in Frankreich 17, in Norwegen 22, in Holland 20, in Desterreich 16, in Italien 7, in Spanien 4 und in Rußland 2 Kilogramm.

Spieleplanänderung. Im Deutschen Theater wird die Uebersetzung von Shakespeares „Carolan“ auf Dienstag, den 24. Februar verlegt. Freitag geben „Stützen der Gesellschaft“ in Szene.

Die Stuttgarter Buchendruck. Aufsehen erregend 13. Heft vom 16. bis 26. Verlagstermine des Caphorion-Verlages aus.

Die Wirkung der neuen Kriegsgale. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington, erklärte General Field, der Direktor der Gemildern Abteilung des Kriegsministeriums, vor dem Luftschiffbauausschuß des Abgeordnetenhauses, daß die Wirkungskraft der neuen Gale seit dem Einzug um das 80fache zugenommen habe. Unter dem Titel „Der Flugzeug-Flugzeugüberflieger“ sagte er hinzu, daß die neuen Gale Flugzeuge als Bestäubungsmittel nutzbar gemacht werden.

Zusammenstöße im Tschekaprozess.

Vor der Vernehmung Stoblewskis

B. S. Leipzig, 17. Februar.

Am dem heutigen 6. Verhandlungstag im Tschekaprozess kam nun endlich mit der Beendigung der Vernehmung des Angeklagten Neumann gerechnet werden, so daß man noch im Laufe des heutigen Tages mit Spannung erwarteten Verhör des Angeklagten Stoblewski, des angeblichen russischen Generals Helmut Gorem kommen dürfte. Stoblewski bestritt ganz entschieden, mit jenem mysteriösen Helmut Gorem identisch zu sein und behauptet, mit der ganzen Tscheka-Angelegenheit nichts zu tun zu haben. Auf diese Absicht zieht auch seine ganze bisherige Haltung in dem Prozeß ab. Er verfolgt die Verhandlung bis jetzt ohne sichtbare Teilnahme und hält ebenso wie seine Verteidigung sich ganz zurück.

Angeklagter Neumann schildert zunächst den **Attentatsplan auf den Württembergischen Innenminister Boze**, dessen Beseitigung von Wollenberg der Neumann-Gruppe befohlen worden war. Nachdem Diener und Neumann befragt hatten, daß Boze bei der Arbeitseinstellung besonders verhaßt sei und als Urheber der Schreckensurteile gegen die Kommunisten unbedingt beseitigt werden müsse, gab Neumann an Boze den Auftrag, unter dem Vorwand, er sei Berichterstatter einer Schweizer Zeitung, telefonisch eine Unterredung mit Minister Boze zu erlangen. Tatsächlich rief Boze in der Wohnung des Ministers an, erhielt aber nur von dessen Frau den Bescheid, daß ihr Mann sich in Ulm befinde, am selben Abend aber nach Stuttgart zurückkomme, eventuell müsse er den Minister am Bahnhof erwarten und ihn dort gleich sprechen. Als die versammelten Gruppenmitglieder, die in einem Lokal warteten, von Boze diese Mitteilung erhielten, war König nicht mehr zugegen. Er war aber der einzige, der Boze von Ansichten kannte und aus diesem Grunde konnte das Vorhaben an jenem Tage nicht mehr ausgeführt werden. Am anderen Tage berichtete dann König, daß eine Photographie des Ministers in einem Wäschekasten eines Stuttgarter Photographen zu sehen sei. Boze und Margies begaben sich dorthin und sahen sich das Bild an. Dann beobachteten sie auch das Innenministerium, das sie jedoch als ungünstig für die Tat bezeichneten, arzten wegen seiner starken Verachtung durch Boze und dann wegen seiner Lage. Ich selbst, so erklärte Neumann, überzeugte mich dann persönlich von der Richtigkeit dieser Angaben und sagte darauf: Es hat keinen Zweck mehr, daß wir uns mit dem Minister Boze beschäftigen. Die Angelegenheit können wir vorläufig einstellen. Wir sind ja doch noch gehalten, andere Aufgaben in Stuttgart zu erledigen, so daß wir uns nicht auf eine Angelegenheit konzentrieren brauchen, die nach Lage der Dinge doch nicht leicht durchführbar ist.

Damit war der Fall Boze für uns erledigt. Wir haben uns nicht weiter damit beschäftigt und gingen zur Beobachtung des Kriminalwachmeisters Schlotter über.

Vorl. Sollte nicht bei der nächsten günstigen Gelegenheit der Minister doch noch erledigt werden und hat Margies nicht vorgeschlagen, ihn durch eine Bombe zu erledigen?

Angell. Neumann: Nein, das ist nicht der Fall gewesen. Ein jesuitischer Plan, wie in dem Fall Seidt, den Fällen Weibel, Raush und Schlotter hat im Fall Boze nicht bestanden.

Wir beobachteten Weibel noch weiter.

Da Weibel in seiner Wohnung noch Fraktionsmaterial hatte, landte ich einen Stuttgarter Genossen hin, um das Material abzuholen. Er wurde aber von Frau Weibel ziemlich unfaßlich hinausgewiesen. Darauf sollte König und Boze noch einmal zu Weibel gehen, um ihn in seiner Wohnung zu erledigen. Ich und Margies wollten die beiden besuchen. Mörsner sollte wieder in der Nähe warten, damit wir halb nach der Tat Stuttgart verlassen konnten. Dieser war nicht dabei, kannte aber unser Vorhaben genau. Im Augenblick, wo festgestellt wurde, daß Weibel in seiner Wohnung war, sollte ein Stuttgarter Genosse, der das Haus beobachtete, uns, die wir in einem Lokal warteten, Nachricht bringen. Boze und König sollten sich darauf sofort in die Wohnung begeben, um die Tat auszuführen.

Vorl. Wie sollte die Tat ausgeführt werden?

Angell: Das hatte ich ihnen freigestellt. Margies hatte den Vorschlag gemacht, Weibel sollte mit einem Totschäfer auf den Kopf geschlagen und mit einem Rasiermesser ihm dann die Schlagader durchschnitten werden. Ich stellte den Beteiligten jedoch frei, die Tat so durchzuführen, wie sie wollten. Derselbe Vorschlag, ich dann auch bei Schlotter gemacht worden, auch der Vorschlag, eine Bombe zu werfen. Es kam jedoch nicht zur Erledigung Weibels. Wie hatten uns bereits aufgefressen, aber Weibel kam nicht nach Hause.

Vorl. Wir haben hier einen Bericht von Ihnen über Ihre Tätigkeit in Stuttgart, den Sie an die Zentrale schicken wollten, der aber nicht abgelehnt wurde.

Angell: Den wollte ich Mörsner mitgeben, wenn er wieder nach Berlin fuhr, um Geld zu holen. Bei meiner Verhaftung wurde dann der Bericht in meiner Brieftasche gefunden.

Das Schriftstück wird hierauf vorgelesen.

Angeklagter Neumann teilt hierauf mit, daß er sich entschlossen habe, Stuttgart unperverteter Dinge zu verlassen und sich anderen wichtigen Dingen zuzuwenden. Für die Zukunft müsse er es ablehnen, Fälle zu behandeln, in die eine unparteiliche Organisation hineingezogen werde.

Vorl. Haben Sie dies Schreiben an die Zentrale der Partei gerichtet?

Angell: Ich habe es an „Helmut“ gerichtet, von dem ich ja annahm, daß er im Auftrage des Direktoriums handelte. Im Anschluß hieran kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten und der Verteidigung über die Tatsache, daß dieses Schriftstück bei seiner Verhaftung bei Neumann gefunden wurde.

Auf die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Löwenthal, ob der Angeklagte denn keine Bedenken getragen habe, diese genauen Marschpläne in der Tasche zu tragen, abgleich er doch immer mit seiner Verhaftung rechnen mußte, erklärt Neumann, daß eine ebenso große Gefahr bestanden habe, daß seine Wohnung in Stuttgart durchsucht werde. Außerdem habe Mörsner unbedingt wieder nach Berlin fahren müssen, um neues Geld heranzuschaffen, und deshalb habe er ihm das Schreiben mitgeben wollen. Mit der Möglichkeit seiner Verhaftung hätten alle Mitglieder seiner Gruppe rechnen müssen. Aber der ausdrückliche Befehl habe gelaute, daß über die Tätigkeit Bericht erstattet werden müsse.

R.-A. Dr. Samter: War dem Angeklagten nicht bekannt, daß nach den Weisungen des Parteiparates es Pflicht aller Parteimitglieder ist, keine Schriftstücke bei sich zu führen, die die Partei belasten oder die politischen Nachforschungen erschweren könnten?

Angell: Dieses Parteiverbot bestand allerdings, aber es war mit ausdrücklichem Befehl, über alle Dinge, die sich illegal abspielten, aufs genaueste Bericht zu erstatten.

R.-A. Dr. Samter: In den Richtlinien für illegales Arbeiten heißt es ausdrücklich, es darf kein Schriftstück aufbewahrt oder in der Tasche behalten werden.

Angell: Das ist mir nicht bekannt. Jedenfalls habe ich nicht die Absicht gehabt, dadurch die Partei irgendwie zu belasten.

Justizrat Fraenkl: Warum hat der Angeklagte das Schriftstück Boze diktiert und nicht selbst geschrieben?

Vorl. Wahrscheinlich weil er nicht selbst schreiben wollte.

Angell: Jawohl, weil ich nicht selbst schreiben wollte; aber damit das nicht falsch ausgelegt wird, möchte ich betonen, daß beim Diktieren auch die anderen Gruppenmitglieder zugegen waren.

Justizrat Fraenkl: Der Angeklagte will angeblich nicht wissen, wie lange vor seiner Verhaftung er das Schreiben angefertigt hat. Er hat doch sonst ein so plötzliches Gedächtnis.

Vorl. Nach den Angaben in dem Schreiben muß das kurz vor seiner Verhaftung geschrieben worden sein.

Angell: Jawohl, natürlich kann ich mich bei der Fülle der damaligen Arbeit und den vielen Ergebnissen nicht auf genaue Daten entsinnen.

Die Tatsache, daß der Vorspende auf die Fragen der Verteidigung zweimal selbst die nötigen Hinweise gegeben hatte, führte im Anschluß hieran

zu sehr erregten Protesten der Verteidigung,

insbesondere des Justizrats Fraenkl und des Rechtsanwaltes Dr. Wolf, der Protest dagegen einlegte, daß der Vorspende dem Angeklagten Neumann die Antworten in den Mund lege.

Vorl. Ich lege gegen einen solchen Protest entschiedenen Verwahrung ein. Ich führe die Verhandlung durchaus objektiv, zu Vorhaltungen bin ich aber berechtigt.

R.-A. Dr. Wolf: In zwei Fällen hat der Herr Vorspende Fragen der Verteidigung an den Angeklagten vorweg beantwortet, und der Angeklagte hat sich diese Antworten zu eigen gemacht. Ich weise die Rüge meines Protestes zurück und bitte um einen Gerichtsbescheid.

Rechtsanwalt Neumann: Die Rechtsanwaltschaft steht durchaus auf Seiten des Herrn Vorspenden.

Hierauf zog sich das Gericht zur Beratung über den Antrag der Verteidigung zurück.

Nach kurzer Beratung erging ein Gerichtsbescheid dahin, daß der Vorspende durchaus berechtigt gewesen ist, Vorhalte zu machen und auch die Art und Weise, wie er sie gemacht hat, vom Gericht durchaus gebilligt wird.

Auf eine dahingehende Anfrage Rechtsanwaltes v. Bognatos berichtet Neumann: Ich habe einen kleinen Handkoffer gehabt, der einen sogenannten doppelten Boden hatte, der aber so schlecht ausgeführt war, daß ich ihn nicht verwenden konnte, da nirgendwo die Schriftstücke unsicherer liegen konnten. Ich trug deshalb die Schriftstücke meistens bei mir.

Der Angeklagte Boze stellte hierzu fest, daß es unwahr sei, daß jemand außer ihm bei dem Diktat Neumanns zugegen gewesen sei. Auch an jenem Tage wartete Neumann, bis verschiedene Leute, die im Zimmer waren, weggegangen waren, und dann hat er mir diktiert, beide Hände in den Hosentaschen wie César. (Heiterkeit.)

Neumann: Bei der Abfassung des Berichtes waren noch andere zugegen. Das Schriftstück, das später im Auto beschlagnahmt wurde, habe ich in einer anderen Wohnung geschrieben und da war Boze allein mit mir.

Auf die Frage des Rechtsanwaltes Dr. Marschner, warum er mit der Abfassung des Schriftstückes nicht bis zu dem Tage gewartet hätte, an dem Mörsner nach Berlin geschickt wurde, erklärte der Angeklagte, daß er an dem Tage der Abfassung gerade die nötige Zeit zur Verfügung gehabt hätte. — R.-A. v. Bognatos kommt dann auf die Tatsache zu sprechen, daß die Verhaftung Neumanns, Bozes und Mörsners in einer Wirtschaft erfolgte, weil sie dort über die Volkzeitung hinaus geschickt hatten. Der Anwalt fragte den Angeklagten, ob die Wirtin sie nicht ausdrücklich aufmerksam gemacht habe, daß sie nicht über die Volkzeitung hinaus gehen dürften.

Im Anschluß hieran kam es

zu einem neuen Konflikt.

diesmal zwischen der Verteidigung und der Rechtsanwaltschaft. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß der Angeklagte sich sonst sehr genau aller möglichen Stunden und Daten entsinne, nur nicht des Datums der Abfassung des Berichtes, richtete Dr. Löwenthal an Neumann die Frage, ob er vielleicht auf diese Befragung nicht so vorbereitet gewesen sei, wie auf alle übrigen Prozeßfragen.

Rechtsanwalt Neumann: Ich verstehe diese Frage nicht.

R.-A. Dr. Löwenthal (erregt): Ich muß feststellen, daß sich der Angeklagte damit eine Antwort zu eigen gemacht hat, die diesmal der Herr Vertreter der Rechtsanwaltschaft schon vorher auf meine Frage erteilt hat.

Rechtsanwalt Neumann: Ich gebe ruhig zu, daß mir bei der Frage des Herrn Verteidigers entfallen ist: Ich verstehe diese Frage nicht.

R.-A. Dr. Löwenthal: Dann stelle ich fest, daß man jetzt wiederum dem Angeklagten zu Hilfe gekommen ist.

Vorl. Ich muß es durchaus rügen, daß dem Vertreter der Rechtsanwaltschaft dieser Vorwurf gemacht wird.

Der Ehren-Stolz.

Pauls Ansprechen.

Der Ehren-Stolz äußert sich heute in seinem Parteiblatt über die Anschuldigungen, die in einer Zeitschrift aus Bremerhaven an den „Vorwärts“ gegen ihn erhoben worden sind. Er nennt das Ganze „Alle Kamellen“ und glaubt damit sein kommunistisches Gewissen salbirt zu haben.

So stehen die Dinge aber nicht. Zunächst bestritt er nicht, daß auch in Königsberg bei seiner Kasse ein größeres Defizit entdeckt wurde, das Hugo Haase gebildet hat, um peinliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Stolz behauptet nun, das Geld wäre von einem „großen Unbekannten“ gestohlen worden.

Wertwüdig, daß die Dinge sich ganz ähnlich in Bremerhaven abgespielt haben, wo Stolz sich das durch ihn als Arbeitersekretär eingeklagte Geld eines Auftraggebers aushändigen ließ, aber dann als „Rechtsoffizient“ dafür einen Wechsel schickte und das Geld erst nach langem Zögern herausrückte.

Aber da Stolz jetzt einmal beim „Erklären“ ist, kann er vielleicht auch verraten, woher das Defizit von 700 Mark entstanden ist, das ihm seinerzeit nachgewiesen wurde, als er als zweiter Kassierer der Zahlstelle Hamburg des Zimmererverbandes die Sammlungen für den Streik zu leiten hatte? Vielleicht kann er die anrichtigen Strafen heute noch angeben, in denen diese Arbeitergelder verausgabt worden sind? Vielleicht weiß er auch, daß ein Anteil von ihm, Eisenbahner seines Zeichens, das Defizit aus seinen Spargroschen deckte, um den Ehren-Nelken vor gerichtlichen Weiterungen zu schützen?

Sind das auch nur „Alle Kamellen“?

Ist die kommunistische Partei noch immer der Meinung, daß ein Mann mit solcher Vorliebe für Arbeitergroschen das Recht hat, den Moralprediger gegenüber anderen zu spielen?

Aus der Partei.

Auf dem Parteitag der sozialistischen Partei Hollands, der soeben in Amsterdam stattfand, brachte der Vorsitzende Gen. Vliegen auch die Beziehungen der Partei zu Barmat zur Sprache. Barmat hat 1918 die Mittel zur Gründung des Rotterdamer „Boorwaaris“ zur Verfügung gestellt. Er besitzt heute noch drei der sieben Anteile des „Boorwaaris“, von denen jeder 25 000 Gulden beträgt. Außerdem hat er dem Blatt seinerzeit eine Hypothek von 140 000 Gulden verschafft. Auf die Zusammenfassung der Redaktion und die Haltung des Blattes hat er nie Einfluß gehabt.

Grüne Woche.

Geschäfte und Warenhäuser veranstalten Weiße Wochen. Man erinnert an den Winter, denn weiß ist der Schnee, den wir in diesem Jahre in Berlin nicht kennen gelernt haben. Grün aber ist die Farbe des Waldes, grün ist die Heide, grün ist das Jagdrevier. Alle die vielen, die Interesse am Waldwerk haben und Verständnis für die Jagd besitzen, sind augenblicklich zu einer Grünen Woche, zur „Dritten deutschen Jägerwoche“, in Berlin versammelt. Die Jägerwoche bringt eine Menge von Veranstaltungen, Vorträgen und Führungen. Der Höhepunkt aber ist die Dritte deutsche Jagdausstellung im Museum für Naturkunde in der Invalidenstr. 41.

Eine schier erdrückende Fülle von Ausstellungsobjekten bietet sich hier dem Beschauer dar. Ein klein wenig irritiert wird man beim Durchwandern der Ausstellung dadurch, daß in den einzelnen Sälen, in denen die Jagdausstellung untergebracht ist, sich auch Stücke von der so interessanten, aber leider so wenig bekannten Schauammlung des Museums für Naturkunde befinden. Die Veranstalter dieser Ausstellung haben eine außerordentlich geschickte und künstlerische Hand bei der Einrichtung der Ausstellung bewiesen. Gleich am Eingang sieht man auf hohen, sehr naturgetreu nachgemachten Felsformationen Gemen sitzen, Seehunde hat man in eine Dekoration gestellt, die ganz dem „Milieu“ entspricht, in dem diese Tiere zu leben gewohnt sind. In einem anderen Saal wieder hat man durch hohe mit Kupfen bespannte Wände Gänge geschaffen, die geheimnisvoll und dunkel sind. In diese Dunkelheit springt dann, hell und grell beleuchtet, ein breites Fenster und noch ein Fenster und ein drittes, und hinter dem Glas erblickt man Rebe, die in einem Kornfeld liegen, Rebe im Schneewald, Rebe beim Vorzucken des Raubes, Wildschweine im Eichwald und Wildhühner. Das alles ist wirklich künstlerisch geschaffen und auf das Stimmungsvollste dekorativ umrahmt. Durch zwei Etagen geht die Ausstellung und zeigt in 17 Sälen alles, was mit der Jagd in Zusammenhang steht. Man sieht nicht nur deutsche Vögel und deutsche Tiere, man lernt auch Fledermausarten, Gans, Gans, Schilddrüse, japanische Löwen, Hirschkäfer und andere Tiere aus Ostafrika kennen. In anderen Sälen erblickt man Jagdgeräte der verschiedensten Art, und im Raum daneben kann man sich über die Entwicklung der Jagdwaffen unterrichten. Auch eine große Anzahl von Geweihen ist ausgestellt, doch handelt es sich hierbei nicht um Barock- und Prunkstücke, die auf den Tieren gefressen haben, die von höchsten und allerhöchsten Herrschaften geschossen worden sind, sondern es sind Geweihe schlichtweg, damit man an ihnen den Zustand des Gehirns unserer Tiere im Walde überhaupt erkennen kann.

Die Ausstellung ist natürlich in erster Linie für den Förster und für den Jäger berechnet. Aber auch der Großstädter findet hier unendlich viel des Anregenden und Belehrenden. Darum ist es durchaus zu begrüßen, daß die Schulkinder in Scharen unter Führung von Lehrern die Ausstellung besuchen. Im Vorgarten des Museums sind ein paar Jagdhäuser aus Holz aufgestellt, die bequem und wohnlich genug eingerichtet sind. Die Ausstellung wird außerordentlich stark besucht.

Töblicher Unfall auf der Stadtbahn.

Ein Streckenarbeiter getötet, einer verletzt.

Seit Monaten waren bekanntlich auf der Stadtbahn zwischen den Stationen Lehmer Bahnhof und Bellevue häufige Arbeiten in großem Umfang ausgeführt zur Verbesserung der Strecke und um neue Gleispaare im Anschluß an den umgebauten Bahnhof Friedrichstraße zu legen. Heute früh hat sich nun an dieser Stelle ein schwerer Unglücksfall ereignet. Es arbeiteten hier mehrere Kolonnen des Unternehmens Klein. Am morgens um 5 Uhr 11 Minuten der Vorortzug 4305 von Strausberg nach Charlottenburg die Stelle passierte, gab der Streckenarbeiter vorchriftsmäßig und rechtzeitig das Warnungssignal für die Arbeiter, damit sie sich vor Einfahren des Zuges in Sicherheit bringen konnten. Zwei Arbeiter jedoch, die sich von der Kolonne entfernt hatten, achteten nicht auf das Warnungssignal und kamen infolge dessen unter den auf Gleis 1 von Strausberg heranrollenden Vorortzug. Der eine der 35 Jahre alte Arbeiter, Richard Bärwald aus Nauen, geriet so unglücklich unter die Räder, daß ihm der Kopf vom Rumpf abgefahren wurde, der andere, der 37jährige Heinrich Kreppe, hat, wie uns auf unsere Anfrage von der Reichsbahndirektion mitgeteilt wird, anscheinend nur leichtere Verletzungen. Er wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Der zuständige Oberbaurat des betreffenden Eisenbahnbauamts hat sich an die Unfallstelle begeben, um nähere Feststellungen über den Unglücksfall zu machen.

Verkehresfragen im Haushaltsausfluß.

Der Aufwertungsantrag der SPD. wieder vertagt.

Im Berliner Rathaus verhandelte heute morgen der Haushaltsausfluß über die beiden großen Verkehrsprojekte des Magistrats für den Bau der U.C.G. Schnellbahn und die Untertunnelung der Potsdamer Bahn im Zuge der Kurfürstendamm-Schöneberger Straße. Bei der Beratung des Baues der U.C.G. Schnellbahn wurde nur der eingehende Bericht eines Unterausschusses zur Kenntnis genommen. Nach diesem Bericht und nach der Stimmung des Haushaltsausschusses kann man damit rechnen, daß die Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Woche zwar nicht dem ganzen Bauprojekt, das einen Kostenaufwand von 72 Millionen Mark vorsieht, zustimmen wird, wohl aber der Ausführung eines Teiles. Ueber die Art der Finanzierung geben die Meinungen zurzeit allerdings noch erheblich auseinander. Jedenfalls steht jetzt schon fest, daß bis zu einem Teile auch Staatsmittel in Anspruch genommen werden müssen. Der Untertunnelung der Potsdamer Bahn wurde mit Mehrheit zugestimmt. Allerdings bewilligte man für das Staatsjahr 1925 nur eine Million Mark, damit die Vorarbeiten in Angriff genommen werden können. Außerdem war man allgemein der Ansicht, daß zunächst die nördliche Umgehungsstrecke, d. h. der Durchbruch der Französischen Straße durch die Ministergärten erfolgen müsse. Stadtbaurat Hahn stellte für den nächsten Monat eine Vorlage des Magistrats in Aussicht, deren Annahme durch die Stadtverordnetenversammlung gesichert erscheint. Das Votum der Versammlung wird sich jedenfalls mit diesen beiden Vorlagen in der nächsten Woche befassen.

Da bebauerlicher Weise die Redezeit im städtischen Haushaltsausfluß erfahrungsgemäß ohne Ende sich ergibt, wurde zum dritten Male die Beratung der sozialdemokratischen Aufwertungsanträge vertagt. Das ist außerordentlich beauerlich, denn ihre Erledigung wäre wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit möglich gewesen. So wird auch die Erweiterung der städtischen Aufwertungsaktion, die der sozialdemokratische Antrag grundsätzlich nicht nur auf die sozial Bedürftigen, sondern auch auf alle über 60 Jahre alten Personen (die letzte Altersgrenze 63 Jahre) ausgedehnt werden will, ernst in Aussicht genommen.

Für die Jugendweihe: Receptoren, Baum/dank usw. findet der Jugendwochenunterricht am Freitag (18. Febr.) nicht Dienstag, -nachm. von 4-6 Uhr in der Schule, Bonnhöfstr. 78, statt.

Französisch und Englisch. Abendkurse, 8-10 Uhr, Gortienstraße 107 A. Montag: Französisch. Mittwoch: Englisch. Stundenpreis: 30 Pf.

Eine Familientragödie.

Den Vater in der Notwehr erschossen.

Die furchtbare Familientragödie spielte sich gestern abend um 10 Uhr in dem Hause Wehstraße 44 zu Weihensee ab. Hier wohnte mit seiner Familie im dritten Stock der 40jährige Kohlenarbeiter Hermann Schröder, der auf dem Kohlenplatz der „Union“ am Bahnhof Weihensee beschäftigt war. Schröder war in der ganzen Gegend als Trunkenbold bekannt. Er gab seiner Familie von seinem Verdienst zu Hause nichts ab, sondern vertrat alles und in der Trunkenheit mißhandelte er seine Familie. Gestern abend war Schröder wieder so stark betrunken, daß ihm Arbeitsgenossen die Treppe hinauf noch Hause bringen mußten. Als bald griff er wieder seine Frau an. Der 17 Jahre alte Sohn Walter sprang seiner Mutter bei. Jetzt richtete sich die ganze Wut des Betrunknen gegen ihn. Als er seinen Sohn packte und mit dem Kopfe gegen die Wand schlug, ertrug ihn die Mutter mit schmerzlichen Händen. Jetzt ging der Sohn in das Nebenzimmer und holte einen Revolver, den er sich, wie er sagt, vor einigen Wochen gekauft hatte, um ihn zur Abschreckung bei tödlichen Angriffen seinem Vater vorzuhalten. Als dieser nun von neuem auf ihn einschlug, drückte er unmitttelbar hinterher alle 6 Schüsse ab. Einzig gingen fehl, mehrere trafen aber den Vater so schwer, daß er zusammenbrach. Auf das Geschrei und die Schüsse stürzte sich Hausbewohner herbei und benachrichtigte das zuständige Revier. Die Kriminalpolizei ließ den Schwerverletzten nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weihensee bringen, wo er bald nach der Aufnahme starb. Der Sohn wurde vorläufig festgenommen. Er wird heute dem Amtsgericht in Weihensee vorgeführt, voraussichtlich aber bald wieder entlassen werden, weil es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß er in der Notwehr gehandelt hat.

Die Schokoladenmädels sind schuld!
Salzsäureattentat einer eifersüchtigen Gattin.

Die Eifersüchtigkeit einer Ehefrau beschäftigte die Strafkammer des Landgerichts I. Der Arbeiter Domnik hatte vor 6 Jahren geheiratet, und die Ehe war in den ersten Jahren sehr glücklich. Domnik, ein schwerverletzter Mann, war ein fleißiger Arbeiter, der für Frau und Kinder redlich sorgte. Eines Tages aber begann das Verhältnis in der Ehe sich etwas zu trüben, und das ging so weit, daß die Ehefrau sich zu einem Salzsäureattentat auf ihren Mann hatte hinreißt lassen.

Der Ehemann arbeitete in einer Schokoladenfabrik und sahien Gefallen an verschiedenen jungen Mädchen, die mit ihm dort beschäftigt waren, geizig zu haben. Die Ehefrau merkte bald, daß mit dem bisher so sorgsamem Gatten nicht alles in Ordnung sei. Er kam nicht mehr so pünktlich von der Arbeit zurück und hatte allerlei Ausreden. Einmal eifersüchtig geworden, forschte sie den Ursachen nach und entdeckte auch bald, daß ihr Mann etwas zu zärtlich mit seinen Arbeitsgenossinnen tat. Er besuchte die Mädchen nach Hause, ging auch mit ihnen untergehaft. Als die Frau vollends eines Tages sah, daß ein junges Mädchen ihren Ehemann bis zu seiner Wohnung brachte und sich dort mit ihm vor dem Hause allzu zärtlich verabschiedete, entbrannte sie in Wut. So kam in der Wohnung zu einem heftigen Auftritt, und die eifersüchtige Frau griff zum Regal, langte eine Flasche Salzsäure hervor und schleuderte sie ihrem Manne ins Gesicht. Mit einem Aufschrei sank der Betroffene schwerverletzt zu Boden. Die Folgen waren furchtbar: Das eine Auge war durch die ätzende Flüssigkeit vernichtet und auch das andere Auge ist heute noch gefährdet. Frau Domnik war wegen dieses Attentats vom Schöffengericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Da sie gegen das Urteil Berufung eingelegt hatte, kam der Fall nochmals vor der Berufungsstrafkammer zur Verhandlung. Die Angeklagte behauptete ihre Tat aufrichtig und erklärte, daß sie durch die Aufregung der vorhergegangenen Zeit mit ihren Nerven ganz herunter und völlig kopflos gewesen sei. Die Schokoladenmädels hätten allein die Schuld gehabt. Der verletzte Ehemann gab zu, daß er durch sein Verhalten seiner Frau Anlaß zu ihrer Erregung gegeben habe. Das Ehepaar hat sich inzwischen auch wieder ausgesöhnt und lebt friedlich zusammen. Der Zeuge erklärte auch, daß er sich keine bessere Frau wünschen könne. Sie sei die beste Frau und Mutter auf der Welt. Das Gericht glaubte, trotz der schweren Verletzungen, nicht über das Mindeststrafmaß hinauszugehen zu sollen und ermäßigte die Strafe gegen Frau Domnik auf 1 Jahr Gefängnis, stellte ihr außerdem noch Bewährungsfrist in Aussicht.

Für die Dortmunder Hinterbliebenen. Am Sonntag, den 22. Februar, vormittags 11½ Uhr, veranstalteten der Erste Männergesangsverein unter Leitung von Professor Max Stange und der Koselische Bläserbund unter Leitung des Armeemusikinspektors a. D. Professor Theodor Graveri im Zirkus Saal ein Benefizkonzert zugunsten der Hinterbliebenen der Dortmunder Grubenkatastrophe. Oberbürgermeister Dr. Eichhof von Dortmund hat das Projekt über die Veranstaltung übernommen und sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Der Erste Männergesangsverein und der Koselische Bläserbund haben sich für den guten Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ebenso hat Kommissionsrat Busch den Zirkus kostenlos überlassen. Der Erfolg des Konzertes wird der von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rothkreuzvereine eingeleiteten Sammlung für die Dortmunder Hinterbliebenen zugeführt. Der Kartenzverkauf hat begonnen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftslokal: Berlin S. O. 4. Köpenicker Str. 57/58, Hof 3. R. Kammerabschl. Steglitz. Samstags Abend 8 Uhr. Mitglieder müssen unbedingt zum Turnabend erscheinen. Bitte Pünktlich kommen!

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Steinarbeiter.
Gegen die Gefängnisarbeit.

Die Versammlung befahte sich zunächst mit dem Jahres- und Kasienbericht und beschloß, die Neuwahl der Ortsverwaltung erst im April vorzunehmen. Im Verlauf der Aussprache führte ein bisher scharf kommunistisch eingestellter Kollege aus, daß es nun endlich an der Zeit sei, die Gewerkschaften als parteipolitisches Schlachtfeld auszuschalten und den neutralen Boden wieder zu restituieren, der die Grundlagen ihrer Tätigkeit bildet. Die ganzen bisherigen Treiben in den Gewerkschaften hätten besorgniserregend gewirkt, das Band solidarischer Zusammengehörigkeit zerfallen und Anstalt gestiftet unter denen, deren einzige Kraft und Macht auf Einigkeit und innerer Geschlossenheit beruht. Aufgabe aller Verhandlungsmittler sei die Belämpfung der Flammwache und die Vorbereitung für die Organisation. Dann wurde die Gefängnisarbeit erörtert und folgende Resolution angenommen:

Die am 15. Februar tagende Generalversammlung der Zahlreiche Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter sieht in dem Bestreben der Unternehmer, die Marmorbetriebe in die Gefängnisse zu verlegen, eine ungeheure Schädigung der Arbeitnehmer. Während ein großer Teil der Berliner Steinarbeiter auf dem Straßenpflaster liegt, ist es wieder einer Berliner Firma gelungen (Cernid, Prinsengasse), sich im Spandauer Gefängnis zu etablieren und die in ihrem Berliner Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Es erweckt den Anschein, als ob die Unternehmer ein Interesse daran hätten, die Notlage des Proletariats und die aus ihr entstehenden Delikte für sich auszunutzen und durch gefüllte Gefängnisse und Entgegenkommen der Justizbehörden billige Arbeitskräfte zu bekommen.

Steinarbeiter! Nur einig und geschlossen könnt ihr dieser Gefahr begegnen!

Das Ende der Glühstrumpfarbeiterinnen.

In einer Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Berliner Glühstrumpffabriken berichtete Genossin Gladisch vom Deutschen Metallarbeiterverband über die Lohn- und Urlaubsverhandlungen mit den Unternehmern. Die Unternehmern in dieser Industrie haben es fertig bekommen, selbst die 36 St. Stundenlohn, die das Mindestlohnabkommen für die Berliner Metallindustrie vorsieht und das auch für die Glühstrumpfbetriebe Geltung haben sollte, nicht zu zahlen. Als der Reichsarbeiterverband die Arbeitgeber an ihre Pflicht erinnerte, kam ein Antwortschreiben, in dem die Unternehmer das bisher zu ihnen nicht innegehaltene Lohnabkommen zu Ende Februar kündigten. In den Verhandlungen am 6. Februar stimmten die Arbeitgeber ein großes Klageged über ihren Notstand an. Die Rollen schienen tatsächlich vertauscht zu sein, denn nach ihren Angaben stien nur die Arbeitgeber fürchtlich unter der Rot der Zeit und die Arbeiterinnen brachten nicht einmal faivel Interesse an der Fortführung der Betriebe auf, daß auch sie zu Opfern bereit seien. Von den Vertretern der Arbeitnehmer wurden für die zweite Klasse der Arbeiterinnen 36 bis 40 St. Stundenlohn, für die erste Klasse 38 bis 45 St., für ungelehrte Arbeiter 60 bis 70 St. und für die Hocharbeiter die gleichen Löhne wie in allen anderen Betrieben gefordert. Die Unternehmer befaht die Unverfrorenheit, diesen beschwerlichen Forderungen ein Angebot entgegenzustellen, das selbst die Anfangslöhne noch um 4 Pfennige kürzen soll. Die Arbeits- und Urlaubszeit sollte ebenso wie in den Betrieben der Berliner Metallindustrie geregelt werden. Die Unternehmer legen die Verhandlungen

schleppern, schlugen jedoch vor, sie am kommenden Donnerstag fortzusetzen.

In der Diskussion kam das ganze Ende dieser Arbeiterinnenkategorie zum Ausdruck. So wurde beispielsweise aus einer großen Glühstrumpfabrik in der Köpenicker Straße mitgeteilt, daß dort die Arbeiterinnen zwar 30 St. Stundenlohn haben, daß sie aber oftmals in Afford nur 20 Pfennige und darunter verdienen. Es sind selbst Wochenverdienste von 8, 7, ja 6 Mark ausbezahlt worden. Genossin Gladisch sagte aber auch den Arbeiterinnen, daß es mit an ihnen liege, wenn sie sich mit solchen Hungerlöhnen abgeben lassen. Sie forderte deshalb die Arbeiterinnen auf, die guten Ansätze, die in der Neuorganisation der Branche zu verzeichnen sind, fortzusetzen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß bei den kommenden Verhandlungen an den Forderungen festgehalten wird.

Zur Katastrophe auf „Minister Stein“.

Bochum, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das offizielle Organ des Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiterzeitung“, veröffentlicht einen Aufsatz erregenden Art über die Dortmund-Grubenunglück, in welchem das auf der Zeche „Minister Stein“ herrschende Antzebestem in schärfsten Ausführungen gegeißelt wird. In der von der Direktion der Zeche „Minister Stein“ herausgegebenen Betriebszeitung sei festgestellt worden, daß durch die Anstrengungen der Belegschaft die Förderziffern der Zeche im Dezember 1924 bereits das einneinhalbfache der Friedensziffern betragen haben und somit „Minister Stein“ die höchstfördernde Zeche der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. darstelle.

Die „Bergarbeiterzeitung“ richtet folgende Warnung an Grubenbesitzer und Reichsregierung: „Noch ein solch gefährliches Unglück wie das Rosenunglück auf „Minister Stein“, die die Flamme lodender Empörung schlägt über das ganze Ruhrkohlengebiet. Ihr Herrschenden, hütet Euch! Auch der Regierung möge die Erkenntnis kommen, daß sie sich mehr als bisher für die Interessen der Bergarbeiter einlegen muß.“

Zwölfstundentag im rheinischen Braunkohlenrevier.

Köln, 17. Februar. (Ill.) Bei den gestrigen Verhandlungen über ein neues Arbeitszeitabkommen zwischen den Beroarbeiterverbänden und dem Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenrevier wurde die Forderung der Bergarbeiter, vom 1. März ab wieder die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, abgelehnt. Die Arbeitgeber erklärten, aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen vorläufig an der zwölfstündigen Schicht festhalten zu müssen. Ein Schiedsspruch unter dem Vorsitz des amtlichen Schlichters wird sich in den nächsten Tagen mit der Arbeitszeitfrage befassen.

Die Kesselheizer von Cherbourg haben — wie aus Paris gemeldet wird — die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine monatliche Zulage von 100 Franken.

Kranzfahrer und Anbinder der Metallbetriebe.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags 9½ Uhr in Zimmer 4 des Gewerkschaftshauses, Anhalterstr. 24 B, Anfang 8. parterre, Versammlung aller Kranzfahrer und Anbinder sämtlicher Metallbetriebe. Die wichtige Tagesordnung zur Besprechung steht, ist zuzugewärtiges Erscheinen notwendig.

Deutsch. Reichsbanner, Section 5

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Karlheut Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Felix Eckert; Kultur: R. G. Schäfer; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Ed. Glöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Wer Möbel kaufen will, muß unser neues Zahlungs-System kennen!

Fragen Sie uns — und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.

Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.

Was uns betrifft — wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

Willstätt & Co. am Wannsee-Bahnhof
Berlinische, Ecke Albrechtstraße Steglitz

Alles Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schlaf-Heiße-Betten 3x tagen Stridjaden Strümpfen Sties billigste Tageswert Gebrauder Pflaum Berlin SW. Friedrichstr. 285 6de Stimmerstr.

1000 Strickwesten Sportacken etc. aller Art. Bleyle's Kinder-Kleidung zu Originalpreisen. Billigste Quelle für Kenner u. ausserordenen Geschmack. Bruno Richter & Co. Fabriklager Thür. Wolfwaren Hs.-Postzw. Mühlstr. 1, Ecke Brühlstraße 9-7-7 Nur Einzelverkt.

Das Buch für Eltern und Lehrer: Kinderland 1925 Preis 1,25 Mark Zu haben in der Buchhandlung J. G. Drey und in der Hermannsdruckerei, Lindenstraße 2, sowie in allen Parteilapublikations-Vertriebsstellen und -Rathesern nehmen ebenfalls Bestellungen gern entgegen. Besonders wertvoll und billigt in der Buchhandlung in der Köpenicker Str. 57/58

Billig Ware Billig bei guter Ware Billig **Große Resi- u. Einzelpaare 2,95** in Wildleder, braun und schwarz Boxkell, Affenhaut, Goldkäier etc. etc. Schnür-, Spangen- und Pumps, teils hochelegante Luxussochen sowie Herren- u. Damensiefel in kräftiger Ausführung. Paar 7,00, 5,00, 4,00, 3,00

Von unserer Leistungsfähigkeit hier nur einige Beispiele Unsere 17 Schaufenster sagen Ihnen mehr

- Für Herren:**
Kräftige Arbeiterstiefel braun Spaltleder... M. 5,00
Echt Boxrind moderne beile Form... M. 6,00
Echt braun Fahleder bequeme beile Form... M. 7,00
Orig. Goodyear Weiß Stiefel und Heibühel moderne Form, gute Material... M. 11,00
- Für Damen:**
Braun und schwarze Span-enschuhe, moderner Schnitt und Form... 5,00
Lack-Schnür- u. Spangenschuhe moderne Formen, sehr schick... 9,00
Braun u. farbig nubuck u. Boxkell, Pumps u. Schnür aus erstklassiger Luxusfabrik, sowie Lack- und Leder-Schnür- und Spangenschuhe... 11,00



- Für Damen:**
Braun, echt Boxkell und Boxrind-Spangenschuhe, halbhoher Absatz, sehr leich und modern 9,00
Halbschnürschuhe braun Cherrau 35-37 schwarz Dessind. alle Größen, mod. Form 5,00
Schnür- u. Spangenschuhe, versch. Ausführ., gute Material, mod. Form. 2,50, 3,00, 3,50 6,00
- Warme Damen Haus- u. Turnschuhe** mit Stoff obte Gr 36-41 Größe 27-33... 95
Pantofel für Herren 75 Pl. für Damen... 65
Lederhausspangenschuhe mit Ledersohlen 36-40 M. 2,95
Kamelhaarstoffschuhe dicke Filz- und Ledersohlen versch. Maße, Größe 36-45... 1,95

Schuh-Lokal Münzstr. 25 Frankfurter Allee 64 Kottbusser Damm 73

Herren-Haus-schuhe Kamelhaarstoff mit Filz- und Ledersohle... 1,95
Baby-Schuhe Leder oder Stoff, entzückende Muster... 95
Leder-Kinderstiefel mit Ledersohlen Jr. 21 22 2 90 18-20... 2,95
Größere Kinderstiefel und Halbschuhe in braun und schwarz, sowie Turnschuhe, Sandalen etc. in großer Auswahl billig